



### III. BMF-Fachpolitik mit europäischer Dimension

Globalisierung heißt für Deutschland besonders Europäisierung – gerade in der Politik. Die wachsende Bedeutung Europas beeinflusst immer stärker die traditionelle fachliche Politik des BMF. Während die Zollpolitik als klassische Domäne des BMF schon lange europäisiert ist, schreitet die europäische Integration auch in den Bereichen Finanzmarkt und Steuern voran. Das BMF wirkt an der einschlägigen Gesetzgebung auf europäischer Ebene im ECOFIN-Rat mit.

#### Weitere Informationen erhalten Sie auch bei der EU-Informationsstelle des BMF:

EU-Informationsstelle im BMF  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
Telefon: 0 30 18 / 682 - 55 55  
→ [eu-infostelle@bmf.bund.de](mailto:eu-infostelle@bmf.bund.de)

und auf der folgenden Internetseite:

→ [http://ec.europa.eu/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/index_de.htm)  
(Europäische Kommission)

#### DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN SIND ERHÄLTLICH BEI:

Bundesministerium der Finanzen  
Referat für Bürgerangelegenheiten  
11016 Berlin  
[bueggerreferat@bmf.bund.de](mailto:bueggerreferat@bmf.bund.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

Bestellservice  
Telefon: 018 05/77 80 90 (0,14 €/Minute)  
Telefax: 018 05/77 80 94 (0,14 €/Minute)

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN

FOTOS: JÖRG RÜGER; KIWI; HENDEL  
BERLIN, JUNI 2011

Dieser Flyer gibt inhaltlich den aktuellen Stand zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder.

Im Einzelnen gibt es folgende Eigenmittelarten:

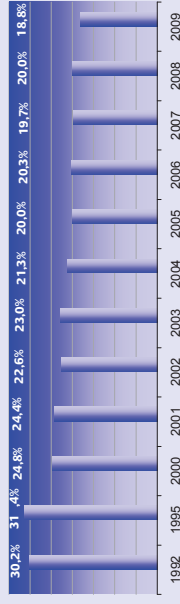
- Zölle und Zuckerabgaben,
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel und
- Eigenmittel, die anhand des Bruttonationaleinkommens festgesetzt werden.

Auf Basis der Haushaltsplanung im Jahr 2011 wird Deutschland rd. 24,6 Mrd. € an die EU abführen.

Das BMF hat sich stets für eine Begrenzung des EU-Haushalts sowie für eine faire Lastenteilung innerhalb der EU eingesetzt. Der deutsche Anteil, der durch Eigenmittel an die EU fließt, konnte deutlich reduziert werden: von rd. 30 % Anfang der 90er Jahre auf mittlerweile 18,8 % im Jahr 2009.

Deutschland bleibt aber weiterhin der größte Nettozahler der EU. Deutschland zahlt – im Vergleich mit anderen relativ wohlhabenden Mitgliedstaaten – deutlich mehr in die Kasse der Gemeinschaft ein, als es in den verschiedenen Politikbereichen zurückerhält. In den letzten Verhandlungen zum aktuellen Finanzrahmen konnte jedoch erreicht werden, dass Deutschland durch einen Rabattmechanismus bis zum Jahr 2013 mit rd. 1. Mrd. € pro Jahr entlastet wird.

Abb. 2: Finanzierungsteil Deutschlands am EU-Haushalt



Anmerkung zu 2009: Der neue Eigenmittelbeschluss ist im Jahr 2009 rückwirkend für die Jahre 2007 und 2008 in Kraft getreten. Durch diesen einmaligen „Sondereffekt“ ist der Finanzierungsanteil im Jahr 2009 deutlich niedriger.

### 3. EU-Finanzkontrolle und Betrugsbekämpfung

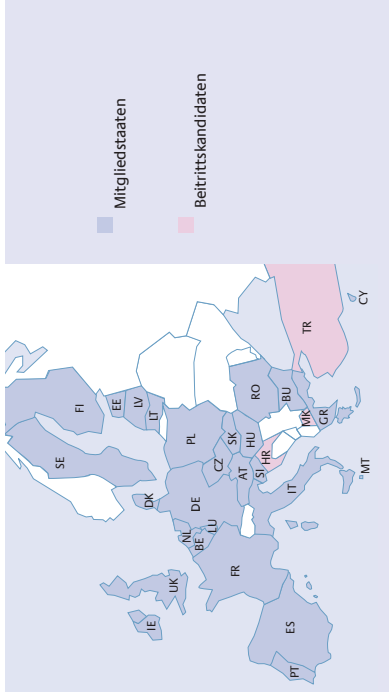
Das BMF sorgt mit für die ordnungsgemäße und effiziente Verwendung der gezahlten Subventionen: in federführender Position innerhalb der Bundesregierung sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF). Zielstellung ist auch hier eine transparente und nachvollziehbare Vorgehensweise.



Europa



## Europapolitik im Bundesministerium der Finanzen



Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nimmt auf der europäischen politischen Bühne eine bedeutende Rolle wahr: Es ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für die Abstimmung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik und wirkt bei der Aufstellung und Kontrolle des EU-Haushalts mit. Darüber hinaus fallen die EU-Bereiche Zoll, Steuern und Finanzdienstleistungen in seine Zuständigkeit.

## I. Finanzen und Haushalt der Europäischen Union

Die gemeinsame Währung und der europäische Binnenmarkt erfordern eine enge Abstimmung der Finanz- und Wirtschaftspolitik aller Mitgliedstaaten.

Diese Aufgabe wird vom so genannten ECOFIN-Rat wahrgenommen, in dem in der Regel einmal monatlich die Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten zusammenkommen – Deutschland ist dort durch den Bundesfinanzminister vertreten.

### 1. Der Euro

Mit dem Euro ist eine gemeinsame europäische Währung für einen großen Teil der EU-Bürger zur Realität geworden. Dank seiner Stabilität schafft er Planungssicherheit für Verbraucher und Unternehmen und sorgt gleichzeitig für Preistransparenz innerhalb der Gemeinschaft. Sein stabiler Wert ist die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung:

Die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert davon, dass es innerhalb der Eurozone keine Wechselkursschwankungen mehr gibt und die Verbraucher profitieren von einem stärkeren Wettbewerb, der zu größerer Vielfalt und geringeren Preisen führt. Unabhängig vom ökonomischen Nutzen ist die einheitliche Währung politisch unverzichtbar. Sie ist das bislang weitreichendste Ergebnis und Bekenntnis der europäischen Integration und ver setzt Deutschland als Teil des größten Binnenmarktes der Welt in die Lage, die Globalisierung mitzugestalten. Eine spannungsfreie wirtschaftliche Entwicklung in der EU und eine stabile Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sind von wesentlichem Interesse für Deutschland – das BMF hat sich mit seiner Politik von Anbeginn der gemeinsamen Währung stets dafür eingesetzt.

## 2. Eine stabile Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben angesichts der globalen Staatsschuldenkrise am Anfang des neuen Jahrzehnts eine Gesamtstrategie entwickelt, um die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einem umfassenden Reformpaket auf die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Ein ganzes Bündel von Reformen wird darauf hinwirken, das Vertrauen der Finanzmärkte, das heißt der Sparer und Investoren und letztlich der Bürger und Unternehmen, in die Währungsunion und den Euro nachhaltig zu stärken und künftige Staatsschuldenkrisen im Euroraum zu verhindern:

- Ein reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt mit strengeren Regeln treibt den Schuldenabbau voran und verhindert neue Überschuldung.
- Ein neues Verfahren überwacht und korrigiert schädliche gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte.
- Eine gemeinsame Wachstumsstrategie („Europa 2020“) führt zu einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft.
- Ein Euro-Plus-Pakt.
- Ein neuer europäischer Planungs- und Berichtszyklus („Europäisches Semester“) führt die haushalts- und wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der EU zusammen.
- Neue europäische Finanzaufsichtsbehörden (EBA, ESMA, EIOPA) überwach die Stabilität des Finanzsystems und beugen krisenhaften Entwicklungen vor.
- Eine strengere Regulierung des Finanzsektors (unter anderem neue Eigenkapitalvorschriften für Banken, weniger spekulative Finanzprodukte und neue Gesetze zur Bankenrestrukturierung) stabilisiert den Finanzmarkt.
- Mit dem „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) steht ab 2013 eine neue Institution bereit, die einem Euroland in finanzieller Not hilft, seine strukturellen Probleme zu lösen und eine Krise der Eurozone zu verhindern.

Mit seiner stabilitätsorientierten Politik hat das BMF im Rahmen der europäischen Gremien die Gesamtstrategie wesentlich geprägt und dazu beigetragen, dass das Reformpaket europäische Wirklichkeit werden kann.

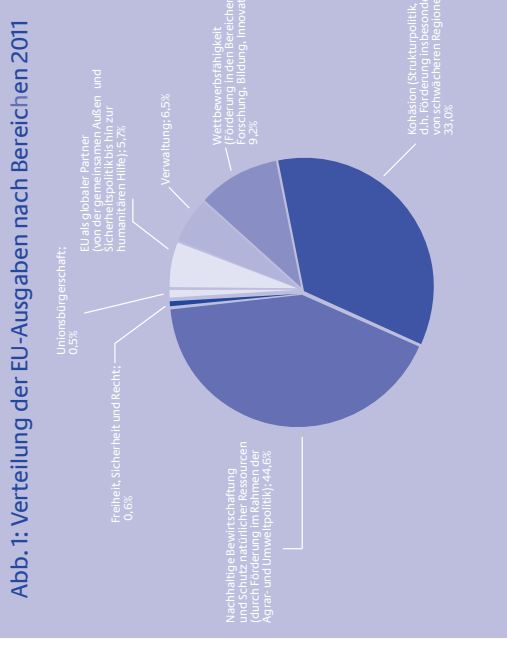
## II. Finanzen und Haushalt der Europäischen Union

Innerhalb der Bundesregierung arbeitet das BMF federführend die deutsche Position zum EU-Haushalt, zum institutionellen Zusammenwirken der Akteure im Haushaltsverfahren und zur Finanzierung der EU aus. Die fachlich betroffenen Ministerien werden dabei im Gestaltungsprozess miteinander so eingebunden, dass am Ende eine geschlossene Haltung der Bundesregierung steht. Bei Fragen der mittelfristigen Ausgabenplanung der EU („mehrjähriger Finanzrahmen“) arbeitet das BMF eng mit dem federführenden Auswärtigen Amt zusammen.

### 1. Die Ausgaben

Im mehrjährigen Finanzrahmen (vormals „Finanzielle Vorausschau“) wird in der EU für sieben Jahre die Obergrenze für die Gesamtausgaben sowie die Aufteilung nach Politikbereichen vorausgeplant. Der aktuelle Finanzrahmen wurde im Jahr 2006 beschlossen und gilt für den Zeitraum von 2007 bis 2013. Die jährlichen Haushalte der EU müssen sich innerhalb dieses Rahmens bewegen.

Die Europäische Union verfügt im Jahr 2011 über Haushaltsmittel in Höhe von rd. 126,5 Mrd. €. Der größte Anteil des EU-Haushalts entfällt auf die Agrarpolitik.



### 2. Die Einnahmen

Die EU wird im Wesentlichen aus Einnahmen finanziert, die von den Mitgliedstaaten für die Gemeinschaft aufgebracht werden (Eigensystem). Der Finanzierungsanteil eines Mitgliedstaates wird vor allem durch den jeweiligen Anteil an der Wirtschaftskraft der EU (Bruttonationaleinkommen) bestimmt.